

Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik

11011 Berlin

Telefon 030 227-77594

Telefax 030 227-76594

roderich.kiesewetter@bundestag.de

Internet: www.roderich-kiesewetter.de

Wahlkreisbüro:

Wellandstraße 58

73434 Aalen

Telefon 07361 5249 201

Telefax 07361 5249 202

roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de



Kiesewetter kompakt 09/2010

Europa steht am Scheideweg- Persönliche Notizen

Bundestag und Bundesrat beschließen Griechenlandhilfe

Diese Woche im Deutschen Bundestag stand ganz im Zeichen der **schwierigen** Situation in der Europäischen Währungsunion: Griechenland befindet sich in einer besonderen finanziellen Krise und kann sich am Markt **nicht mehr** ausreichend finanzieren. Die 15 übrigen Staaten des Euro-Währungsgebietes und der Internationale Währungsfonds sehen sich genötigt, durch die Vergabe von Darlehen in Höhe von 110 Milliarden Euro in den kommenden drei Jahren eine Zahlungsunfähigkeit Griechenlands, die die Finanzstabilität in der gesamten Europäischen Währungsunion gefährden würde, abzuwenden.

Bei dem im Deutschen Bundestag engagiert und heftig diskutierten „Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz“ geht es **nicht** darum, dass **unmittelbar** Geld aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt wird. Vielmehr wird der Kreditanstalt für Wiederaufbau ermöglicht, Darlehen aufzunehmen, die sie mit einem Zinsaufschlag an Griechenland weitergibt. Somit entstehen für Deutschland **zunächst überhaupt keine** Kosten.

Mit dieser Maßnahme soll die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands in den **nächsten drei Jahren** wieder hergestellt werden. Die 1. Lesung des Gesetzes fand an diesem Mittwoch nach der Regierungserklärung unserer Bundeskanzlerin statt. Es geht um nicht mehr und

nicht weniger "als um die Zukunft Europas und damit um die Zukunft Deutschlands in Europa", sagte die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung. Sie stellte außerdem klar, für die in Rede stehenden Kredite **„bürgt in letzter Konsequenz der Steuerzahler, also wir alle“**.

Im Gegenzug hat sich Griechenland zu umfassenden Eigenanstrengungen und harten Maßnahmen verpflichtet. Die Umsetzung des Programms der griechischen Regierung wird **vierteljährlich** vom Internationalen Währungsfonds **überwacht** und die Auszahlung weiterer Kredittranchen daran geknüpft. Im ersten Jahr werden 8,4 Milliarden Euro Kredite der KfW gegeben, in den beiden folgenden Jahren noch einmal 14 Milliarden Euro.

Angela Merkel rief die Debatte um den Beitritt Griechenlands zur Eurozone im Jahr 2000 in Erinnerung. Damals habe es Skepsis und Zweifel gegeben. **CDU und CSU haben dem Beitritt Griechenlands damals nicht zugestimmt!**

Auch der Vorsitzende der Unionsfraktion Volker Kauder stellte in der sich an die Regierungserklärung anschließenden Debatte fest, dass Griechenland im Jahr 2000 aus **politischen** Gründen aufgenommen worden sei. Er verlangte neue Regeln in der EU für eine geordnete Insolvenz für Euro-Staaten, die von Zahlungsunfähigkeit bedroht sind. Zu-

künftig dürfe es bei einer Entscheidung, wer Mitglied der Europäischen Union oder Mitglied der Eurozone werde, nur nach klaren Fakten und nicht nach politischen Überzeugungen gehen."Es darf keine Geschenke geben, wenn es um die Stabilität unseres Euro geht", sagte der Fraktionsvorsitzende.

Nach Beratungen im federführenden Haushaltsausschuss wurde die Vorlage in zweiter und dritter Lesung an diesem Freitag abschließend im Deutschen Bundestag debattiert. Der Hauptredner der Union, Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, bezeichnete die deutsche Griechenland-Hilfe im Umfang von bis zu 22,4 Milliarden Euro als alternativlos. Mit dem Hilfspaket würden die gemeinsame europäische Währung und das europäische Projekt insgesamt verteidigt. Jede andere **Alternative sei viel teurer und viel riskanter**. Schäuble rief erneut auch die SPD auf, gemeinsam mit der schwarz-gelben Koalition und den Grünen für das Paket zu stimmen.

Leider vergeblich – die SPD, die im Jahr 2000 den Beitritt Griechenlands zur Eurozone forcierte, wollte dem von der christlich-liberalen Koalition eingebrachten Gesetz zum Erhalt der Stabilität der Währungsunion und damit den international abgestimmten Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro nicht zustimmen und enthielt sich mehrheitlich der Stimme. Ebenfalls an diesem Freitag gab nach dem Bundestag dann auch der Bundesrat mehrheitlich seine Zustimmung für die Griechenlandhilfe.

Enquete-Kommission Internet konstituiert

An diesem Mittwoch hat sich die Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft" des Deutschen Bundestages konstituiert. In dem von CDU/CSU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gefassten Einsetzungsbeschluss heißt es, das Internet sei das "freiheitlichste und effizienteste Informations- und Kommunikationsforum der Welt" und trage maßgeblich zur Entwicklung einer globalen Gemeinschaft bei.

Unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag, dem Abgeordneten Axel E. Fischer, werden 17

Bundestagsabgeordnete und 17 von den Fraktionen bestimmte Sachverständige bis zur parlamentarischen Sommerpause 2012 politische Handlungsempfehlungen erarbeiten, die der weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen der Informationsgesellschaft in Deutschland dienen. Die Enquete-Kommission soll auf Basis ihrer Untersuchungsergebnisse den staatlichen Handlungsbedarf, national und international, benennen.

Job-Center-Reform

In erster Lesung hat sich der Deutsche Bundestag in dieser Woche mit den Gesetzentwürfen zur Änderung des Grundgesetzes und zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende beschäftigt.

Die bisherige erfolgreiche Arbeitsvermittlung aus einer Hand soll in eine verfassungsgemäße Form überführt werden. Das ist eine wichtige Voraussetzung für die Bewältigung der Langzeitarbeitslosigkeit. Für die Arbeitsuchenden und ihre Familien herrscht damit ebenso Klarheit und Sicherheit wie für die Mitarbeiter in den Verwaltungen.

Es ist vorgesehen, dass die Bundesagentur für Arbeit und die Kommunen im Regelfall in gemeinsamen Einrichtungen, den Jobcentern, zusammen arbeiten und ihre Leistungen aus einer Hand erbringen. Daneben werden die bestehenden Optionskommunen dauerhaft abgesichert.

Zur angestrebten Organisationsreform betonte der Rastatter Abgeordnete und kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Peter Götz: „Unser Ziel ist eine gleichberechtigte und partnerschaftliche Zusammenarbeit von Kommunen und Bundesagentur für die Arbeit vor Ort. Die im christlich-liberalen Koalitionsvertrag beschriebene Kompetenz und Erfahrung der Kommunen kommt so bestmöglich zum Tragen.“

Anpassung der Solarvergütungssätze

Der Deutsche Bundestag hat heute die Novelle des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) beschlossen. Damit werden die Vergü-

tungen für Anlagen zur Erzeugung von Solarstrom auf Gebäuden und Freiflächen zum 1. Juli 2010 deutlich abgesenkt.

Die Novelle reagiert auf die Preissenkungen, die mit der Markteinführung und der Massenproduktion verbunden sind. Wir nehmen damit die notwendigen Korrekturen vor, um die Vergütung auf ein angemessenes Niveau zu reduzieren, die Kosten für die Stromverbraucher zu begrenzen und trotzdem den Anteil des Solarstroms weiter zu erhöhen.

Die Korrektur der Vergütungen wurde **notwendig**, da im vergangenen Jahr die Marktpreise um rund 30 Prozent **gesunken** sind. Deshalb werden nun, zusätzlich zur ohnehin im EEG angelegten Degression, die Vergütungssätze zwischen 11 Prozent für Solarparks auf Konversionsflächen und 16 Prozent für Dachanlagen abgesenkt.

Gleichzeitig geht das EEG von einem deutlich stärkeren Ausbau des Photovoltaikmarktes aus als bisher erwartet aus: Der Zubaukorridor für das Marktvolumen wird auf 3.500 Megawatt installierte photovoltaische Spitzenleistung im Jahr verdoppelt. Die vorgeschlagenen Absenkungen sind angemessen.

Mit einem erweiterten finanziellen Anreiz, Solarstrom selbst zu nutzen, werden technische Innovationen ausgelöst.

Bei einer weiterhin dynamischen Marktentwicklung ist in Deutschland bereits im Jahr 2013 die sogenannte Netzparität zu erwarten. Dann lässt sich Solarstrom hierzulande zu Kosten erzeugen, die dem Niveau herkömmlicher Verbraucher-Stromtarife entsprechen.

Dieser Entwicklung bereitet die Novelle den Weg, indem sie den Eigenverbrauch in Zukunft stärker fördert: Privathaushalte, die Solarstrom nicht ins Netz einspeisen, sondern selbst verbrauchen, gewinnen künftig bis zu acht Cent pro Kilowattstunde.

Auch das Gewerbe profitiert davon, denn diese Regelung wird auf Anlagen bis 500 Kilowatt, das ist etwa das Hundertfache einer typischen Einfamilienhaus-Dachanlage, ausgedehnt. Die Eigenverbrauch-Regelung wird wichtige technische Innovationen, zum Beispiel im Bereich der Batterietechnik, auslösen. In der Folge wird der Strombezug aus dem Netz reduziert und dieses entlastet. Das

wiederum beschleunigt die Integration der erneuerbaren Energien in das Stromnetz.

Freiflächenanlagen werden auch nach dem 1. Januar 2015 weiter gefördert, entgegen der bisherigen Regelung im EEG. Konversionsflächen, die eine Vergütung nach dem EEG ermöglichen, umfassen jetzt zusätzlich zu den Flächen aus wirtschaftlicher oder militärischer Nutzung auch solche aus wohnungsbaulicher oder verkehrlicher Nutzung. Freiflächenanlagen können jetzt auch innerhalb eines Streifens von 110 Metern vom Fahrbahnrand von Autobahnen oder Schienenwegen gefördert werden.

Die Kategorie der Ackerflächen entfällt ab dem 1. Juli 2010. Für Freiflächenanlagen, die bereits in der Planung weit fortgeschritten sind, wird eine Übergangsregelung gewährt. Dies scheint akzeptabel.

Haushaltssperre für Marktanzreizprogramm

Mit dem Bundeshaushalt 2010 wurde eine qualifizierte Haushaltssperre beim Marktanzreizprogramm für erneuerbare Energien beschlossen. Das ist für uns alle, insbesondere für unser Handwerk sehr bitter!

Das Bundesumweltministerium hat sich mit Unterstützung vieler Abgeordneter in den vergangenen Wochen **intensiv um eine Aufhebung** dieser Haushaltssperre bemüht und einen entsprechenden Antrag beim Bundesfinanzministerium gestellt. Die Weiterleitung dieses Antrags an den Haushaltsausschuss wurde vom **Bundesfinanzministerium** jetzt **abgelehnt**.

Die Haushaltssperre hat die **Einstellung** der Förderung für Solarkollektoren, Biomasseheizungen und Wärmepumpen zur Folge. Auch die Programme, die das Bundesumweltministerium im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative fördert, sind davon betroffen.

Konkret bedeutet das: Ab sofort können für Solarkollektoren, Biomasseheizungen und Wärmepumpen **keine** Investitionszuschüsse mehr gewährt werden. Mit den Förderanträgen, die in diesem Jahr bereits beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) eingegangen sind, sind die für 2010 noch zur Verfügung stehenden Fördermittel bereits **aufgebraucht**. **Ab sofort** können daher auch

keine neuen Förderanträge mehr entgegen-
genommen werden.

Die Sperrung der Haushaltsmittel hat auch
Auswirkungen auf die Programme der Natio-
nalen Klimaschutzinitiative. Das Förderprog-
ramm für kleine Anlagen der Kraft-Wärme-
Kopplung (Mini-KWK) und das Programm zur
Förderung von Klimaschutzprojekten in
Kommunen müssen **sogar rückwirkend** ge-
stoppt werden, da schon mit den bereits be-
willigten Anträgen das Budget, das für 2010
zur Verfügung steht, **voll ausgeschöpft** wird.

Rückwirkend heißt, dass Anträge, die aus
dem vergangenen Jahr vorliegen und noch
nicht bewilligt worden sind, **nicht mehr** ge-
nehmigt werden können. Die Förderung von
kommunalen Klimaschutzprojekten kann erst
2011 weiter fortgeführt werden, unter der
Voraussetzung, dass im **kommenden** Jahr
wieder Haushaltsmittel verfügbar sind.

Auch das **gemeinsame** Förderprogramm mit
dem Bundeslandwirtschaftsministerium zur
Steigerung der Energieeffizienz in der Land-
wirtschaft und im Gartenbau ist von der
Haushaltssperre **betroffen**. Auch hier können
keine neuen Anträge mehr entgegen ge-
nommen werden.

Dies ist ein **schwerer Schlag**, den wir auch
mit Blick auf die Haushaltslage nur sehr
schwer akzeptieren können. Wir können nur
die Fördermittel ausgeben, die tatsächlich
vorhanden sind, sonst werden wir 2020 ein
zweites Griechenland! Trotzdem ist **diese**
Entscheidung **falsch**, sie gefährdet Innova-
tionen und Einsparungen!

„Innovationsallianz Photovoltaik“

Das Kabinett hat mit der „Innovationsallianz
Photovoltaik“ eine Initiative zur Verstärkung
der **Forschungs- und Entwicklungsans-
trengungen** im Bereich der deutschen **Pho-
tovoltaik-Industrie** zur Stärkung ihrer Wett-
bewerbsfähigkeit beschlossen.

Mit bis zu 100 Millionen Euro wird der Bund in
einem Zeitraum von drei bis vier Jahren diese
Innovationsallianz unterstützen. Dies ist ein
wichtiger Beitrag der Bundesregierung zur
Weiterentwicklung umweltfreundlicher, klima-
schonender Energietechnologien und zur Si-
cherung deutscher Wettbewerbsfähigkeit und

Arbeitsplätze in einem Wirtschaftsbereich mit
Zukunft.

Nach dem erfolgreichen Aufbau ihrer Indust-
riestruktur, insbesondere in Mitteldeut-
schland, stehen die deutschen Photovoltaikp-
roduzenten jetzt durch einen massiven
Markteintritt **ausländischer** Hersteller mit
großen Produktionskapazitäten und durch
gefallene Marktpreise vor einer verschärften
Wettbewerbssituation.

Dies erfordert Anstrengungen zur Stärkung
der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Pho-
tovoltaik-Industrie, wobei es vor allem auf
Produkte höchster Qualität und Leistung an-
kommt, die mit hochinnovativen Herstel-
lungsverfahren produziert werden Denn die
deutsche Technologie und Marktführerschaft
können wir nur durch verstärkte Investitionen
im Forschungs- und Innovationsbereich be-
haupten.

Genau hier setzt die „Innovationsallianz Pho-
tovoltaik“ an. Sie wird in gemeinsamer Feder-
führung vom Bundesministerium für Bildung
und Forschung (BMBF) und Bundesministe-
rium für Umwelt, Naturschutz und Reaktors-
icherheit (BMU) getragen. Beide Ressorts
haben sich auf ein Paket von Fördermaß-
nahmen geeinigt, die sich in der zeitlichen
Wirkung ergänzen. Dazu gehören:

- ein verstärkter Technologietransfer aus
dem Labor in industrielle Prozesse durch
anwendungs-orientierte Forschung, um
Produkt- und Verfahrensinnovationen zur
Qualitätsverbesserung, Kostensenkung
und Sicherung des Alleinstellungsmerk-
mals „Made in Germany“ zu forcieren;
- die gezielte Technologieförderung durch
eine Vernetzung der Photovoltaikindustrie
mit den erfolgreichen deutschen Anlagen-
ausrüstern, vor allem im Bereich der La-
sertechnologien, sowie die Förderung
grundlegender Forschung für die nächste
Photovoltaik-Technologiegeneration;
- die Stärkung regionaler Initiativen durch
eine Struktur- und Nachwuchsförderung
insbesondere in den neuen Ländern so-
wie

Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten

- Zukunftsinvestitionen in die öffentliche Forschungsinfrastruktur zur Unterstützung kooperativer Forschungsprojekte zwischen Forschungseinrichtungen und der Industrie.

Die vom Bund für die Innovationsallianz zur Verfügung gestellten Mittel sollen ein Vielfaches an Zukunftsinvestitionen seitens der Industrie anstoßen. Es wird erwartet, dass die Photovoltaikhersteller gemeinsam mit der Ausrüstungsindustrie ca. 500 Millionen Euro in die Innovationsallianz einbringen. Ich bin überzeugt, dass die finanzielle Beteiligung der Wirtschaft für den Erfolg der Initiative entscheidend ist. Innovationsallianzen haben sich in anderen Technologiebereichen als Katalysator für strategische Kooperationen von Wissenschaft und Wirtschaft bewährt.

Bis Ende 2010 sollen erste Fördermaßnahmen beginnen. Je schneller die Initiative startet, desto größer die Erfolgsaussichten, da die internationalen Entwicklungen in der Photovoltaik mit großer Dynamik erfolgen. Die „Innovationsallianz Photovoltaik“ soll als wichtige ressortübergreifende Maßnahme in das neue Energieforschungsprogramm der Bundesregierung integriert werden, dessen Veröffentlichung für Frühjahr 2011 vorgesehen ist.

Neben der Photovoltaik-Initiative ist noch ein weiteres Forschungsthema von aktueller Bedeutung. Für den geplanten Ausbau der erneuerbaren Energien zur Stromerzeugung und die Einführung der Elektromobilität sind leistungsfähige, kostengünstige Energiespeicher ein technisches Schlüsselement.

Wir brauchen deshalb dringend einen Technologieschub auf diesem Gebiet. Dieser Meinung ist auch die betroffene Industrie. Die Bundesregierung hat sich deshalb entschlossen, kurzfristig einen neuen Forschungsschwerpunkt Speichertechnologie zu bilden und im Zeitraum 2011 bis 2015 hierfür etwa 200 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen.

Damit soll die gesamte Technologiebreite von der Großbatterie über Wärme- und Wasserstoffspeicher bis zur Batterie für Elektroautos gefördert werden. Ich erwarte gleichzeitig erhebliche Beiträge aus der Wirtschaft.

Wir tun gut daran, schon jetzt, im Vorgriff auf das neue Energieforschungsprogramm der Bundesregierung, Initialzündungen zu geben, die dazu führen, dass wir gemeinsam mit der Wirtschaft eine Vorreiterposition in der Speichertechnologie einnehmen. Die Forschungszentren der Helmholtz-Gemeinschaft bereiten parallel eine Energiespeicher- und Wasserstoffinitiative vor, um dieses Engagement zu flankieren.

Auch auf dem Elektromobilitätsgipfel unter Leitung von Bundeskanzlerin Angela Merkel am Montag dieser Woche war die Schlüsselbedeutung der Energiespeichertechnik für den Umbau unserer Energieversorgung und die Elektromobilität ein wichtiges Thema.

Zitat

«Dies ist ärmlich und erbärmlich.»

(Unionsfraktionsvorsitzender Volker Kauder, am Donnerstag in Berlin über die gescheiterten Verhandlungen mit der SPD für eine gemeinsame Entschließung zur deutschen Griechenland-Hilfe)

Persönliche Notizen

1.

Diese Woche war meine erste BPA-Reisegruppe aus dem Wahlkreis zu Besuch in Berlin. Bei den lebhaften Diskussionen in einem spannenden Programm stand auch hier die Griechenlandkrise im Mittelpunkt.

Bei der griechischen Krise geht es gar nicht mehr um Griechenland, der gesamte Euro steht in Frage. Würden wir Griechenland nicht helfen, käme bereits im nächsten Monat der griechische Staatsbankrott!

Die Folge wäre ein Auseinanderbrechen des Euros und erhebliche Verluste deutscher Rentenversicherungen und Banken, die in Griechenland in überdurchschnittlicher Weise engagiert sind. Warum? Weil Griechenland weit überdurchschnittliche Zinsen zahlen muss, um überhaupt Kapital anzuziehen. Nicht hohe Zinsen und Renditen dürfen unsere Großbanken und Versicherungen locken, sondern Vertrauen und Zuverlässigkeit!

Ich hoffe, hier werden Lehren gezogen!

Jedes Jahr stehen mir 3 BPA-Reisen zur Verfügung sowie ein Kontingent von 250 Berlin-Reiseplätzen, die aber wesentlich geringer bezuschusst werden. Sie haben sicherlich Verständnis, wenn ich versuche, neben Parteifreundinnen und Parteifreunden insbesondere interessierte Mitbürgerinnen und Mitbürger, die im Ehrenamt im Wahlkreis engagiert sind, an solchen Reisen zu beteiligen.

2.

Die Gemeinde Steinheim am Albuch erhält durch die Parlamentarische Versammlung des Europarates im Ausschuss für Entwicklung, Landwirtschaft und regionale Angelegenheiten für das Jahr 2010 als eine von 18 europäischen Gemeinden, darunter vier deutschen, das Europa-Diplom! Herzlichen Glückwunsch!

3.

Heute Abend erst reise ich wieder in unsere Heimat. Zuvor galt es in Berlin in einer namentlichen Abstimmung das sogenannte Rettungspaket für Griechenland auch parlamentarisch zu schnüren.

Eine heiße Woche mit viel Textarbeit liegt hinter uns. Inzwischen steht der Euro selbst, der Zusammenhalt in der Eurozone auf dem Prüfstand. Wir haben sehr viele Forderungen einschließlich einer Europäischen Ratingagentur, das Verbot von Leerverkäufen und eine Beteiligung der entsprechenden Banken an der Überwindung des von ihnen mit verursachten Desasters in den Antrag eingebracht.

Sonst wäre eine parlamentarische Zustimmung durch die Union überhaupt nicht zu erreichen gewesen. Viele weitere Argumente finden Sie im allgemeinen Teil des Textes.

4.

Die letzten 10 Tage war ich mit dem Europa-Ausschuss in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und in Mazedonien und mit dem Unterausschuss für Abrüstung bei der Überprüfungs-konferenz des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages.

Auf dem Balkan ging es um den Stand der Beitrittsreife in die EU. Angesichts der kritischen Lage der EU sind wir ohne Euphorie in die Gespräche mit den jeweiligen Staatsfüh-

rungen und Repräsentanten der Zivilgesellschaft gegangen.

Insbesondere in Bosnien-Herzegowina noch ein steiniger Weg. Hier werden mit Fördermitteln der internationalen Gemeinschaft Schulen gebaut, wo die unterschiedlichen Ethnien jeweils ihre separaten Eingänge, Schulhöfe und Pausenzeiten haben - das ist unerträglich, für so etwas dürfen wir keine Mittel bereitstellen.

5.

Am 6. Mai habe ich an einer Veranstaltung zum Thema „Finanzierung des deutschen Fernstraßennetzes“ in der Landesvertretung Baden-Württemberg teilgenommen. Dabei wurde deutlich, dass die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel nicht zur Deckung des Investitionsbedarfs **nicht einmal für Bauhaushaltsmaßnahmen** ausreichen – dies gilt sowohl für die Bundesrepublik, als auch für unser Bundesland. Anschließend wurden zwei neue Finanzierungsmodelle diskutiert, über die in Zukunft entschieden werden muss.

6.

Kommende Woche ist es mir gelungen, Staatssekretär Dr. Ralf Brauksiepe für einen Besuch bei unserer Aalener Agentur für Arbeit unter Beteiligung von HDH zu gewinnen. In einem dreistündigen Gespräch wollen wir folgende Themen erläutern:

Folgende Themen sollen in dem Gespräch behandelt werden:

1. Arbeitsmarkt im Großraum Aalen-Heidenheim (Agenturbezirk)
2. SGB II – Grundsicherung für Arbeitssuchende:
 - aktuelle Arbeitsorganisation der ARGEN in den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis
 - Entwürfe Neuorganisation: Vor- und Nachteile
3. künftige Organisationsvorhaben im Bereich Hartz IV:
 - Interimslösung bei der Realisierung einer Option bis 31.12.2011

Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten

4. Anregungen zur Lösung von Zielgruppenproblemen:
- Ausländer / Migranten
 - Ältere ab 50 Jahren und Personen mit multiplen Vermittlungshemmnissen
 - (z. B. auch 2. und 3. Arbeitsmarkt)
 - Alleinerziehende

Neben unseren Abgeordneten werden auch Interessensvertreter der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite mit anwesend sein, um eine möglichst breite Gesprächsgrundlage zu haben.

Über die Ergebnisse dieses Gesprächs werde ich wie immer zeitnah informieren.

7.

Am Rande des Plenums heute ist es mir gelungen, Schülerzeitungsredakteure der LUPE vom Peutingen Gymnasium Ellwangen für ein klasse und lesenswertes Interview mit unserer Bildungsministerin Prof. Dr. Schavan zusammenzubringen! Es ging um Werkrealschulen, PISA, G8/G9-Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und praktische Berufsaussichten unserer jungen Generation.

8.

Heiße-Eisen-Termine:

Altkreis Aalen: Westhausen, 21.6.2010

Landkreis Heidenheim: Steinheim, 19.7.2010

Jeweils um 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen eine gute Zeit bis zum nächsten Kiesewetter kompakt am 21. Mai 2010

Herzliche Grüße

Ihr und Euer Roderich Kiesewetter